Bezugspreis:
Für Dresden vierteljährlich 2 Mark 50 Pf., bei den Kaiserlich deutschen Postanstalten vierteljährlich 3 Mark; außerhalb des Deutschen Reiches Post- und Stempelzuschlag. Einzelne Nummern: 10 Pf.

Erscheinen:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage abends.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

Dresdner Journal.

Ankündigungsgebühren:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner Schrift 20 Pf. Unter „Eingesandt“ die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernsatz entsprechender Aufschlag.

Herausgeber:
Königliche Expedition des Dresdner Journals
Dresden, Zwingerstr. 20.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

№ 211. Donnerstag, den 10. September abends. **1896.**

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben geruht, den zum Konsul der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Plauen beförderten bisherigen Handelsagenten daselbst, Thomas Willing Peters, in dieser neuen Eigenschaft anzuerkennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem vormaligen Oberwebermeister in der Fabrik der Firma Julius Dannenberg in Zittau, Franz Krause daselbst, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Ernennungen, Versetzungen &c. im öffentlichen Dienste.

— **Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts.** Erledigt: die 2. ständige Lehrerstelle in Niederdorf bei Stollberg i. E. Kollator: die oberste Schulbehörde. Das Einkommen der Stelle beträgt bei freier Wohnung und Gartengenuß 1000 M. Gehalt und 36 M. Vergütung für Erteilung des Turnunterrichts im Sommerhalbjahr. Bewerbungsgesuche sind bis zum 28. September an den K. Bezirksschulinspektor Schulrat Saupe in Chemnitz einzureichen; — die ständige Lehrerstelle an der Schule zu Hundsgrün bei Oelsnitz i. V. Kollator: das K. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Gehalt bei freier Wohnung im neuerbauten Schulhause 1000 M., sowie 72 M. für den Unterricht in der Fortbildungsschule und eventuell 60 M. Entschädigung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten. Gesuche nebst sämtlichen Zeugnissen sind bis zum 30. September an den derzeitigen Vertreter des K. Bezirksschulinspektors zu Oelsnitz, Schulrat Seltmann in Plauen i. V. einzureichen.

Nichtamtlicher Teil.

Sozialpolitisches aus der Schweiz.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:

W. Die Schweiz wird beinahe ausschließlich des Naturgenusses willen besucht. Auch in dem gebildeten Reisenden, welcher die Grenze mit dem Bädeker in der Hand überschreitet, ist nur selten das Bewußtsein lebendig, daß er ein Volk aufsucht, welches als solches Beachtung verdient und Anspruch auf Anerkennung einer Eigenart machen kann, die durch uralte Kulturstätten bezeugt wird. Die Schweiz ist durchaus nicht bloß ein Land, in welchem es Gletscher und Berge, Seen und Wasserfälle zu sehen giebt, in welchem das Volk auf der Alm wohnt und den berühmten Schweizerkäse bereitet, allenfalls noch Schokolade, Seide und Uhren besonders gut herstellt. Es giebt dort viel mehr zu sehen und zu hören; ja man kann sagen, daß auf einem der allerwichtigsten Gebiete des Staatslebens, dem der inneren Sozialpolitik, die Schweiz und die Schweizer Kantone außerordentlich Lehrreiches bieten. Es ist dies im Grunde nicht wunderbar: die rein demokratische Verfassung, die kleinen, leicht zu übersehenden und leicht beweglichen Verhältnisse treiben zu Versuchen an, während auf der anderen Seite der sehr zahlreiche kleine Grundbesitz das notwendige konservative Element abgiebt, welches vor Überstürzung bewahrt. Bedeutsame sozialpolitische Leistungen und Versuche finden wir in den größeren Städten, vor allem in Basel, Bern, Genf und Zürich. Wir beschränken uns auf eine kurze Darstellung der hauptsächlichsten Leistungen bez. Versuche in Basel, und zwar der Vorgänge in Bezug auf die Wohnungs- und Arbeitslosenfrage daselbst.

Daß Basel mit seinen 70000 Einwohnern, welche durch ihren Reichtum und durch ihren gemeinnützigen Sinn mit Recht berühmt sind, eine Wohnungsfrage hat, beziehentlich deren staatliches Eingreifen teils schon eingetreten ist, teils unmittelbar bevorsteht, erscheint auffallend, und doch ist dem so. Schon lange ist die Wohnungsfrage Gegenstand der gemeinnützigen Fürsorge. In den letzten Jahrzehnten sind gegen 200 Häuser mit etwa 700 Wohnungen, die gegen 3000 Bewohner aufnehmen, gebaut worden. Über vier Prozent der gesamten Baseler Bevölkerung sind in den von gemeinnützigen Gesellschaften und Fabrikanten erbauten Arbeiterhäusern untergebracht. Trotzdem waren Ende der achtziger Jahre derartige Wohnungsmißstände hervorgetreten, daß der Große Rat des Kantons die Veranstaltung einer Enquete beschloß, welche zwischen dem 1. und 21. Februar 1889 stattfand und sich in der Hauptsache auf alle Häuser erstreckte, die von mehr als einer Familie bewohnt wurden. Im ganzen wurden etwa von 6000 Häusern 3600 untersucht. Obwohl die Erhebung vorzugsweise auf die Wohnungsbeschaffenheit sich richtete, wurden auch verwandte Verhältnisse, wie das von Haus und Wohnung, von Mieter und Eigentümer, in den Bereich der Untersuchung gezogen. Die Erhebungen wurden durch 52 Beamte, welche teilweise aus Baugewerken bestanden, vorgenommen. Die Beamten arbeiteten zu zweien, indem der eine die Messungen und Untersuchungen bewirkte, der andere die Formulare ausfüllte. Von dem bevorstehenden Besuch wurden die betreffenden Bewohner jedesmal den Tag vorher in Kenntnis gesetzt, nachdem allgemeine öffentliche Bekanntmachungen schon vorausgegangen waren. Am Abend wurden die Formulare besonderen Kontrollbeamten vorgelegt, deren Ausstellungen am nächsten Vormittag zuerst berichtigt werden mußten. Allmählich steigerte sich die Gewandtheit, sodaß die durchschnittliche Tagesleistung eines Beamtenpaares etwa 8 Häuser und 30 Wohnungen betrug, wobei zu beachten ist, daß die Bevölkerung im großen Ganzen Entgegenkommen zeigte. Die Kosten der Erhebung beliefen sich auf gegen 6000 Francs, wozu ebensoviel für die Bearbeitung kam. — Die auszufüllenden Rubriken in den Wohnungsbogen bezogen sich auf Art des Gebäudes, Namen des Haushaltungsvorstandes, Personen der Haushaltung, Beschreibung der einzelnen Räume, Aborte, Küchenwässer, Wasserbezug, allgemeine Zustände der Wohnungen, bezahlte Miete, Termin des Einzuges. Bei der Beschreibung der einzelnen Räume waren Lage, Verwendung, Länge, Breite, Höhe, Bodenfläche, Kubikinhalt, Fensterzahl, Beleuchtung, Zahl der schlafenden Personen, und bei Erdgeschossen die Höhe über dem Terrain und die Unterlage anzugeben. Bei den meisten Wohnungserhebungen hat man sich auf Feststellung der Zimmerzahl beschränkt. Dies genügt jedoch nicht, denn die so zu Grunde gelegte Raumeinheit, das Zimmer, ist keine bestimmte Größe. Erst wenn man, wie in Basel, die Raumverhältnisse genau feststellt, kann man beurteilen, inwieweit die Wohnungszustände befriedigend, genügend oder kulturwidrig sind. Allerdings verursachen diese Feststellungen ganz erhebliche Mühe. Die statistische Bearbeitung des so gewonnenen Materials ist in mustergiltiger Weise durch Prof. Bücher erfolgt, namentlich für städtische Behörden, dessen umfänglicher und lehrreicher Arbeit unsere Angaben in der Hauptsache entnommen sind.*)

Die Ergebnisse der Erhebung interessieren uns nur im allgemeinen und soweit sie nicht Baseler Eigentümlichkeiten darstellen. Als solche sind namentlich die Lichtseiten, vor allem die große Zahl der von den Eigentümern selbst bewohnten Häuser und der verhältnismäßige Mangel an Mietskasernen anzusehen. Dagegen müssen die meisten Schattenseiten leider als typisch für die städtischen Wohnungsverhältnisse überhaupt angesehen werden. Hierher gehört die schlechte Beschaffenheit der Wohnungen, von denen ein großer Prozentsatz feucht, dunkel, schlecht ventiliert, zu niedrig war und namentlich gänzlich ungenügende Abortsverhältnisse aufwies. Ganz allgemein war die zu große Dichtigkeit der Wohnungen. Wenn man für die einzelne Person einen Mindestschlafraum von 10 und einen Mindestwohnraum von 20 Kubikmeter annimmt, was gewiß ein äußerst niedriges Maß des unbedingt Notwendigen darstellt, so hatten mehr als ein Drittel der Wohnungen und über zwei Fünftel der Bewohner nicht den Mindestwohnraum, über 5 Prozent der Wohnungen und über 7 Prozent der Bewohner aber noch nicht einmal den Mindestschlafraum. Betrachtet man die Schlafzimmer allein, so wies der fünfte Teil derselben noch nicht den Mindestschlafraum auf. Ebenso ungünstig ist das Verhältnis der Zimmerzahl: nicht die Hälfte der Baseler Bevölkerung wohnte befriedigend, ein Fünftel völlig ungenügend. Vielfach fehlte es den Wohnungen an selbständigen Küchen, gegen 15 Prozent der Wohnungen waren auf gemeinschaftliche Küche angewiesen. Die Dichtigkeit der Bewohnung wird zum Teil durch das Schlafgänger- und Aftervermietungswesen erzeugt, welches in nahezu einem Viertel aller Haushaltungen aufgefunden wurde. Allerdings bestehen behördliche Vorschriften, aber sie werden vielfach überschritten, sodaß unter anderem ledige Männer weibliche Schlafgänger hielten. Für derartige Untervermietungen stellt Bücher mit Recht als allgemeine Erfahrung auf, daß der Arbeiter nicht eine größere Wohnung mietet, weil er Schlafgänger halten will, sondern an sie vermietet, weil er eine große Wohnung nehmen muß, da er eine kleinere nicht findet. Mit dieser Untervermietung bringen aber, wie Bücher hervorhebt, Elemente in das Haus ein, die mit ihm weder durch die Bande des Blutes noch durch irgendwelche dienstliche Verhältnisse verbunden sind, sondern sozusagen fremde Körper in einem kleinen sozialen Organismus darstellen, welche entweder dessen eigene Lebensäußerungen stören oder von ihm in irgend einer Weise ausgeglichen werden müssen, denn ein reines Vertragsverhältnis, welches eine enge Lebensgemeinschaft bedingt, bedarf eines sittlichen Bandes; da aber ein solches meistens fehlt, so wird ein ganz neuer Familientypus geschaffen, der nur die äußeren, aber nicht die inneren Merkmale des echten aufweist. Endlich hat die Baseler Erhebung noch die allgemeine Beobachtung wiederum bestätigt, daß kleine Wohnungen viel häufiger gewechselt werden und unverhältnismäßig teurer sind als die größeren und daß ein eigentlicher Wohnungswucher in ausgedehntem Maße stattfindet. Je schlechter die Wohnungen, desto teurer. Die Wohnungen, welche nicht einmal den Mindestschlafraum gewähren, zeigten sich beinahe um die Hälfte teurer als Wohnungen mit reichlichem. In den untersten Einkommenstufen verschlang die Miete bis über ein Viertel der Jahreseinnahme, während in den obersten nur einige Prozente gebraucht werden.

Diese Ergebnisse sind um so ungünstiger, als ja, wie eingangs erwähnt wurde, durch gemeinnützige Thätigkeit eine erhebliche Zahl von kleinen Wohnungen hergestellt wurde. Obgleich die innere Stadt entlastet und den Bewohnern der gebauten Häuser wenigstens eine gesunde Wohnungslage gewährt worden ist, hat man nicht die gewünschten Erfolge gehabt, weil man in der Hauptsache darauf ausgegangen ist, den Arbeitern Eigentum an den Häusern zu verschaffen. Um dieses bei den Grundpreisen unerreichbaren Ideales willen hat man das erreichbare Gute nicht erreicht. Denn diese kleinen Häuser, in welchen man sich das Wohnen der Arbeiterfamilien so anmutig vorstellte, erwiesen sich durchgängig als ein viel zu teurer Besitz, und wurden, auch wenn sie nicht zum Verkauf gelangten, durch Aftervermietung gerade so überfüllt, wie die anderen kleinen Wohnungen. Sehr richtig sagt Bücher, daß das Bauen von Arbeiterwohnungen verhältnismäßig das Leichteste ist und daß es auch auf das Modell nicht gar so sehr ankommt, die Hauptsache ist die Vermietung und Verwaltung und vor allem die Verhinderung der Überfüllung durch Untermieter. Wo auch der Gebildete und Wohlhabende sich regelmäßig den Luxus eines eigenen Wohnhauses versagt, kann ihn sich der Arbeiter erst recht nicht gewähren, aber eine gesunde und räumlich genügende Wohnung sollte ihm verschafft werden. (Forts. folgt.)

*) Die Wohnungsenquête in der Stadt Basel vom 1. bis 19. Februar 1889, von Karl Bücher, Basel 1891.

Die Sozialdemokratie

hat jetzt keine guten Tage. „Glänzend“ und „scharf“ soll bekanntlich nach den Tiraden der sozialdemokratischen Blätter die Rüstung der roten Dame sein und alles soll ihr gelingen. Wie viele vom Rost zerfressene Stellen haben sich aber nicht in den letzten Wochen an dieser Rüstung gezeigt, wie viel ist nicht den erleuchteten Geistern der Partei mißlungen!

Erst am Sonntag wieder, bei der geplanten „großartigen“ Kundgebung auf französischem Boden, — welche geradezu lächerliche Rolle haben da nicht wieder unsere vaterlandslosen franzosenfreundlichen Genossen gespielt! Man lese nur in der „Straßb. Post“ den folgenden Bericht über diese Vorgänge nach:

In hellen Haufen pilgerten am Sonntag nachmittag die Sozialdemokraten Markirchs und seiner Umgebung, sowie zahlreiche Straßburger und Mülhauser Genossen hinauf zur Grenze auf der Sankt-Diedeler-Höhe, wo auf französischem Gebiet in der Nähe der zwei Wirtschaften von Pfister Bebel, der Straßburger, und Bueb, der Mülhauser Reichstagsabgeordnete, über ihre Thätigkeit als Reichsboten berichten wollten. Dort oben entrollte sich gegen 2 Uhr ein interessantes Schauspiel. Diesseits der Grenze hatte die Markircher Polizeimacht und die deutsche Gendarmerie Aufstellung genommen, jenseits der Grenze ihre französischen Kollegen, am Waldesrande lagerten die Grenzwächter beider Staaten, und unter dem Scheine einer Truppenübung hielt sich eine größere Anzahl der Sankt-Diedeler Chasseurs im Walde verborgen. Etwa 1500 Menschen, von denen etwa ein Viertel aus Halbbauern bestand, die von nah und fern zu Fuß, zu Wagen oder mit dem Fahrrad herbeigeeilt waren, fluteten auf der Landstraße auf und ab. Hochrufe auf die internationale Sozialdemokratie ertönten, und, ein beredter Beweis für ihren Internationalismus, die elsässischen Sozialisten, die blau-weiß-rote Blumensträuße trugen, riefen vive la France aus Leibeskräften. Da erscheinen Bebel und Bueb, die Helden des Tages, die mit der Bahn in Markirch angekommen waren und sich sofort auf die Grenze begeben hatten. Sie betreten den französischen Boden, werden stürmisch bewillkommnet; aber Ruhe wird plötzlich nach dem Sturm. Der Bürgermeister des französischen Dorfes Wissembach tritt an die beiden Abgeordneten heran, übergiebt jedem ein Papier, beide lesen es, sind sehr überrascht, sie wenden schleunigst dem schönen Frankreich den Rücken und ziehen sich auf die heimatliche Erde zurück: Bebel und Bueb waren aus Frankreich ausgewiesen! Bebel war geradezu geknickt; wortlos starrte er auf den Ausweisungsbefehl, den ihm der seinerzeit aus Deutschland ausgewiesene Bürgermeister überreicht hatte. Ironie des Schicksals. Bueb jedoch fühlte offenbar die Blamage nicht oder wollte sie nicht fühlen; er bestellte sich kaltblütig ein Glas Wein, natürlich roten, und meinte, als er davon getrunken, der sei gerade so schlecht wie die Republik, die den Zar empfange, ihn aber, den großen Bueb, „nüskeue“ (hinauswerfe). Das allgemein überraschende Vorgehen der französischen Behörde ist leicht erklärlich. Zwar hatte sie die Abhaltung der Versammlung gestattet, aber, daß Bebel und Bueb Reden halten wollten, war ihr nicht mitgeteilt worden, und so verhinderte sie dies durch die Ausweisung der Beiden. Doch damit war die Blamage noch nicht beendet, der zweite Streich folgt sogleich. Die französischen Sozialisten ließen nämlich durch einen Brief oder mündlich kundthun (genau konnte ich es nicht feststellen), sie stimmten zwar im kollektivistischen Prinzip mit den Deutschen überein, aber sonst wollten sie mit ihnen nichts zu thun haben, am wenigsten in einer gemeinsamen Versammlung. Während Bueb seinen Rotwein schweigend schlürfte, wurde unterdessen im großen Saale des Pfisterschen Hotels unter riesigem Lärm ein Brief Bebels vorgelesen, den dieser schnell hingekritzelt hatte. Schreiber dieser Zeilen konnte aber nichts verstehen als: „Des welle mer denne Franzose net vergasse!“, welche Bemerkung sich der Vorleser leistete. Damit war der Schluß der Versammlung gegeben, denn der französische Kommissar löste dieselbe auf. Nun wurde seitens der Elsässer in allen Tonarten geflucht auf die Franzosen, die man noch eben hatte hochleben lassen, es waren nun lauter „Clandi Kaiwe“ (elende Kerle) und was dergleichen Kosenamen mehr sind. Eine Anzahl von „zielbewußten“ Genossen und nicht zum wenigsten Genossinnen stimmten die Arbeitermarseillaise an, aber mit schwachem Erfolg, der Himmel öffnete seine Schleusen, und so war die mit so großem Radau inszenierte Versammlung kläglich zu Wasser geworden. Auf dem Bahnhofe in Markirch spielte sich später ein amüsanter oder widerlicher Auftritt ab, je nachdem man es auffaßt. Man denke sich eine Unmenge mehr oder weniger stark benebelter Männlein und halbreifer Burschen, die unaufhörlich Hoch rufen; am meisten natürlich thut dies die Schuljugend, bis sie vor Heiserkeit nicht mehr kann. Bebel sitzt gedrückt in seinem Abteil dritter Klasse und lächelt melancholisch. Bueb ist nicht zu sehen, warum? Er soll sich mit Bebel entzweit haben, weil dieser ihm Vorwürfe gemacht habe über seine schlechte Informierung. Auf einer der höchsten Tannen des Zuckerhuts war eine rote Fahne aufgesteckt worden. Die Polizei hat das rote Tuch entfernen lassen. — In der That, so bemerkt die „Straßb. Post“ zu dem Verlauf dieser Versammlung, eine so lächerliche Rolle, wie am Sonntag, dürfte die deutsche Sozialdemokratie noch kaum gespielt haben, und zwar um so lächerlicher, als sie die Schuld daran lediglich sich selbst zuzuschreiben hat.

Geradezu köstlich ist es, angesichts solcher Vorgänge, wenn der „Vorwärts“ seinen Lesern heute mitteilt: „. . . . Wohin man immer hörte, einstimmig lautete das Urteil, daß dieser Akt der französischen Regierung die größte Blamage sei, die sie begehen konnte.“ Der „Vorwärts“ setzt bekanntlich bei seinen Lesern nur ein verschwindend geringes Maß selbständigen Denkens voraus. Aber so beschränkt ist wohl keiner seiner Leser, zu glauben, daß jemand anderes am Sonntag der Blamierte gewesen ist, als Herr Bebel und sein Generalstab.

Auch der Streit in der Redaktion des „Vorwärts“, der die Einigkeit der Genossen so herrlich illustriert, dauert fort. Heute enthält das sozialdemokratische Blatt wieder folgende Erklärung:

„In der „Vossischen Zeitung“ wird in einer Besprechung des bedauerlichen Konfliktes in der Redaktion des „Vorwärts“ gesagt: „Wie verlautet, hat Herr Ledebour, der die Protesterklärung gegen Liebknecht zwar, da er auf Urlaub war, nicht mitunterzeichnet hat, aber auf dem Standpunkt der Protestler steht, bereits seine Kündigung erhalten.“ Was betreffs meiner Person ausgesprochen wird, beruht auf einer durchaus irrtümlichen Auffassung. Meine Stellung in der Redaktion des „Vorwärts“ habe ich selbst gekündigt, und zwar bereits am 1. Juli zum 1. Oktober, folglich längst, ehe sich die Debatte über die Quarckschen Vorschläge entspann. Mein Austritt aus der Redaktion des „Vorwärts“ hat also gar nichts mit diesem Konflikt zu schaffen. Was den Konflikt selbst anbetrifft, so stehe ich keineswegs, wie die „Vossische Zeitung“ sich ausdrückt, „auf dem Standpunkt der Protestler“, sondern mißbillige die Erklärung meiner sechs Kollegen vom 27. August in den wesentlichsten Punkten. Ich hatte, um Mißdeutungen zu entgehen, wie sie jetzt thatsächlich in der Presse zum Ausdruck gekommen sind, von meinem Ferienaufenthaltsorte aus am 1. September eine eingehende Erklärung zu der Streitfrage an die Redaktion des „Vorwärts“ abgeschickt und mit dem Hinweis auf die Möglichkeit solcher Mißdeutungen um deren Abdruck gebeten. Der Abdruck der Erklärung erfolgte jedoch nicht, weil vor Eintreffen meines Berichts redaktionell mitgeteilt worden war, daß zunächst im „Vorwärts“ nichts mehr über den Konflikt gebracht werden solle. Da nur eine sachliche Begründung meiner Stellungnahme mich vor ferneren Mißdeutungen schützen kann, behalte ich mir indes vor, in einem anderen Parteiblatt meine Ansicht auszusprechen. Georg Ledebour.“

Sehr bemerkenswert ist auch ein Geständnis, welches der bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Auer vorgestern in einer großen Volksversammlung in Berlin ablegte. Auer beklagte nämlich bitter, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit der Parteigenossen in den Provinzen immer mehr zurückginge. Berlin und Hamburg brächten fast allein die gesamten Kosten der Partei auf!

Und in die Reihe der Anzeichen, welche deutlich erkennen lassen, wie es hinter den Kulissen der Um-

Kunst und Wissenschaft.

Key West und die Golf-Eisenbahn.

Längs der Südost- und Südküste des Unionsstaates Florida zieht sich von Biscayne unweit des 26. Breitenkreises eine lange Reihe schmaler, durch breitere und engere Kanäle voneinander getrennter Inseln erst nach Süden und dann nach Südwest bis über den Meridian des Kaps Sable hinaus, durch welche die Küstengewässer Floridas von der Floridastraße getrennt werden. Es sind dies die Florida-Keys, gewöhnlich kurzweg die „Keys“, d. i. die Riffe, genannt, niedrige, aus Korallenkalk aufgebaute Inseln, die sich um so weiter vom Festlande entfernen, je weiter nach Süden sie liegen. Unweit des Westendes der ganzen Reihe und am entferntesten vom Festlande liegt Key West und auf ihm die Stadt gleichen Namens, die durch ihre Zigarrenfabriken weithin bekannt ist; denn diese verarbeiten einen nicht geringen Teil des Tabaks der Insel Cuba, welcher sich hier die Vereinigten Staaten am meisten nähern und von deren Hauptstadt Habana Key West ziemlich genau nach Norden liegt. Diese Hafenstadt mittels einer Eisenbahn, welche die sie vom Festlande trennenden Gewässer des Golfes von Mexiko durchschneiden soll, unmittelbar mit dem gesamten Eisenbahnnetz der Vereinigten Staaten zu verbinden, ist das neueste großartige Projekt, dessen Ausführung man in der transatlantischen Republik als eine der Kunst der dortigen Ingenieure würdige Aufgabe bezeichnet. Die erste Aufnahme für eine Eisenbahnlinie nach Key West wurde schon 1866, also vor nunmehr 30 Jahren, durch den Zivilingenieur J. C. Bailey für die „International Ocean Telegraph Company“ gemacht. Deren Präsident, General W. F. Smith, hatte von der spanischen Regierung für 40 Jahre das ausschließliche Recht erhalten, ein Kabel nach der Küste von Cuba zu legen, und von den zwei dafür vorgeschlagenen Linien führte die eine über die Keys. Bailey, mit der Untersuchung dieser Linie betraut, dehnte seine Arbeiten auch auf die Erforschung der Möglichkeit einer Eisenbahn aus und stellte in seinem der Gesellschaft überreichten Berichte auch einen Plan zu deren Ausführung auf; doch ruht dieser bis heute unbenutzt in dem Archive der „Western Union Telegraph Company“, unter deren Kontrolle später die zuerst genannte Gesellschaft kam. Daß gerade jetzt das Projekt wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird, darf man wohl mit dem Eifer in Zusammenhang bringen, mit welchem in den Vereinigten Staaten die cubanische Frage behandelt wird; denn mag Spanien seine Herrschaft über Cuba auch in der Zukunft behaupten oder diese Insel schließlich die politische Selbständigkeit erreichen, so ist doch sicher, daß sie in immer höherem Grade von den Vereinigten Staaten wirtschaftlich abhängig werden wird, und im Hinblick darauf muß allerdings den am Handel mit Cuba interessierenden Kreisen eine Eisenbahnverbindung zwischen Key West und dem Festlande sehr erstrebenswert erscheinen. Im 6. Hefte des laufenden Jahrganges des „National Geographic Magazine“ tritt Jefferson B. Browne, der als Chef der Zollbehörde in Key West mit den hierbei in Frage kommenden Verhältnissen vertraut sein muß, für das Projekt ein. Auf seinen Ausführungen beruhen die folgenden Mitteilungen.

Der Reisende, der sich der kleinen Insel Key West nähert, ist verwundert, an einer so vollständig von der übrigen Welt abgeschiedenen Stelle eine Stadt von mehr als 20000 Einwohnern zu finden. Seine Verwunderung verwandelt sich aber in Staunen, wenn er nach der Landung bemerkt, wie wenig der Mensch zur Vervollkommnung der Insel gethan, wie er vielmehr durch seine Irrtümer die Natur verdorben hat, und wie dessenungeachtet hier eine Stadt, die mit dem Lande, zu dem sie politisch gehört, weder durch eine Straße noch durch eine Eisenbahn verbunden ist, zu solcher Blüte hat gelangen können. Ist der Reisende aber nicht ein ganz oberflächlicher Beobachter, so wird er bald bemerken, daß man sich eher darüber wundern muß, daß Key West bei den natürlichen Vorteilen, die es besitzt, nicht einen noch größeren Aufschwung genommen hat; er wird es erklärlich finden, daß es seit fünfzig Jahren seine Stellung als die bevölkertste Stadt des Staates Florida behauptet hat. Sein Gedeihen verdankt Key West nicht einem einzelnen Beschäftigungszweige, sondern der Mannigfaltigkeit seiner Hilfsquellen, die wiederum ein Ergebnis seiner geographischen Lage ist. Die breite Grundlage, auf der es sich aufbaut, bilden die gewöhnliche und die Schwammfischerei, die Zigarrenfabrikation, seine Bedeutung als Marine- und Kohlenstation und als Anlaufhafen, und die Vorteile, die es als Knotenpunkt einer Anzahl von Schiffahrtslinien genießt. Es ist nicht zu viel behauptet, wenn gesagt wird, daß im Falle der Vollendung des Nicaraguakanals Key West die wichtigste Stadt an der Südküste der Vereinigten Staaten werden müßte. Aber auch ohne das müßte eine Eisenbahn einen großen Aufschwung der Stadt herbeiführen. Der Bau einer solchen erscheint zwar auf den ersten Blick sehr zweifelhaft, aber bei genauerem Zusehen doch nicht aussichtslos. Die Bahn müßte sich natürlich der Linie der Keys anschließen. Von Key West bis zu der Stelle, wo sie aufs Festland hinübergeführt werden könnte, sind es 120 englische Meilen, von welchen 100 auf die Keys kommen; es bleiben also 20 Meilen für die Straßen, durch welche die einzelnen Keys getrennt sind, und die bald breiter und tiefer, bald schmäler und seichter sind. Mehrere Passagen sind so seicht, daß sie leicht mit dem losen Felsgestein ausgefüllt werden können, das auf allen Inseln in ungeheuren Mengen vorhanden ist. Die übrigen müssen allerdings überbrückt werden, aber es genügen meistens Bockbrücken, deren Bau verhältnismäßig wenig kostspielig ist; nur bei einigen Kanälen, welche von Schiffen passiert werden, sind andere Konstruktionen mit Drehbrücken notwendig. Die Eisenbahn hätte der Reihe der Keys nach Norden bis zu dem 30 englische Meilen langen Key Largo, der größten und fruchtbarsten Insel in der ganzen Reihe, zu folgen und müßte von hier aus nach dem Festlande hinübergeführt werden.

Die Beschaffenheit der Inseln und der Meeresgegend, durch die sie sich hinziehen, würde den Bau der Eisenbahn erleichtern. Das ungefähr 30 Meilen von Key West gelegene Big Pine Key ist mit Fichten bewachsen, die treffliche Eisenbahnschwellen liefern können. In den weichen Korallenfelsen, aus dem der Meeresboden besteht, können die eisernen Pfähle der Bockbrücken leicht eingetrieben werden. Auf diese Weise sind die Leuchttürme längs des Floridariffes gebaut, die den Stürmen und der See seit vierzig Jahren widerstanden haben. Der Boden der Inseln selbst stellt dem Eisenbahnbaue nicht das geringste Hindernis entgegen; denn wenn er von der Dammerde und den losen Steinen gesäubert ist, so ist er eben und glatt, wie ein Ballsaal. Das Floridariff, das an der Außenseite der Keys der ganzen Reihe parallel läuft, schützt die Bahn selbst bei den schwersten Wirbelstürmen des Golfes von Mexiko vor den Hochseen.

Die Keys liegen sämtlich außerhalb der Frostgrenze, und die köstlichsten Früchte und Gemüse gedeihen auf ihnen aufs üppigste. Während die zwei Fröste des Winters von 1895 auf 1896 in allen anderen Teilen Floridas die Tomaten, Ananas, Eierpflanzen und die dort wachsenden tropischen Früchte vernichteten, litten diese auf den Keys nicht im geringsten. Infolge des Mangels an guten, namentlich raschen Transportgelegenheiten sind allerdings nur wenige Inseln bebaut, da man nicht größere Mengen gewinnen darf, als der lokale Markt bedarf. Durch eine Eisenbahn würde dies bald anders werden. Das Klima von Key West ist außerordentlich mild. Seit dem Ausnahmejahre 1886 ist die Temperatur nicht über 33,3 Grad